

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Durch monatlich durch die Post bezogen 1,20 M. Einpreis 10 Pf. Best.-Zettel Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Petit-Zelle 15,00 M. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15, Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Drey. Druck von C. H. J. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Thokostr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Aufruf zur Hilfe für die Volksgenossen im Ruhrgebiet.

Wären im Frieden haben französische und belgische Truppen deutsches Land besetzt unter Vorwänden, die niemand in der Welt über die wahre Absicht täuschen. Mitten im Frieden haben sie Belagerungs- und Kriegsrecht über deutsches Gebiet verhängt. Sie haben Beamte, weil sie geschworene Pflicht treu dem Staate hielten, ihres Amtes entsetzt und verhaftet und aus der Heimat verwiesen, Unternehmer, die sich unrechtmäßiger Gewalt nicht beugen wollten, ins Gefängnis geworfen und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt, direkte Eingriffe in das Privateigentum vorgenommen, den Willen der freien Arbeiterschaft in den Dienst des französischen Imperialismus zu zwingen versucht.

Alle diese Versuche sind gescheitert am geraden und festen Willen aller Schichten der Bevölkerung, die in Treue zu Reich und Volk halten.

Alle Deutschen sind mit der Reichsregierung in dem Entschluß einig, weiter für Frieden und Freiheit mit den Waffen des Rechts zu streiten.

In diesem Kampf muß unsere Sache siegen. Aber bis sich das Recht durchsetzt, werden von unserem schwergeprüften Volke noch weitere Opfer gefordert. Schwere Not kann hierbei entstehen, sowohl an der Ruhr und im altbesetzten Gebiet, wie auch darüber hinaus im ganzen Reiche.

Wir wenden uns an die deutsche Wirtschaft mit dem Aufruf, diese Not als eine gemeinsame aufzunehmen, abzuwehren und zu überwinden, mit dem Aufruf, zu ihrer Linderung die Herzen und die Hände zu öffnen, mit dem Aufruf auch aus kargem Unterhalt zu geben, was möglich ist. Wer viel hat, schuldet viel.

Wirtschaftliche Not wollen wir lindern und durch solche Tat unser Volk in sich stark machen, dem Ausland aber zeigen, daß das deutsche Volk für Recht und Freiheit mit allen Kräften sich einzusetzen bereit ist.

Wir fordern daher Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort für diese Zwecke Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Zahlungen nehmen entgegen die Reichsbank und ihre Nebenstellen, sämtliche Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung

„Ruhrhilfe“

(Abwehr des Einfalls ins Ruhrgebiet).

Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Opfer bringen in Höhe der vierfachen von ihren Angestellten und Arbeitern bereitgestellten Beträge. Unternehmer, die eine im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringe Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, werden gebeten, ihren Beitrag entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte wollen ihrerseits zunächst den Verdienst einer Arbeitsstunde opfern.

Die Verwaltung und Verwendung der Mittel liegt in den Händen eines „Verwaltungsausschusses“, der von den unterzeichneten Verbänden paritätisch zusammengesetzt worden ist.

Aber die Annahme von Spenden von Lebensmitteln ergeben durch die landwirtschaftlichen Organisationen besondere Aufrufe.

Berlin, den 24. Januar 1923.

- Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen. — Deutscher Handwerks- und Gewerbeverband. — Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. — Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. — Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. — Reichsverband der Bankleitungen. — Reichsverband der Deutschen Industrie. — Reichsverband der Privatversicherungen. — Reichsverband des Deutschen Handwerks. — Reichsverband des Deutschen Verkehrsgewerbes. — Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels. — Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. — Zentralverband des Deutschen Bank- u. Bankiergewerbes. — Zentralverband des Deutschen Großhandels. — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. — Allgemeiner freier Angestelltenbund. — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. — Deutscher Beamtenbund.

Die Befegung des Ruhrgebietes und die Not des deutschen Volkes.

Die Folgen des Rechtsbruches an der Ruhr haben sich in einer weiteren starken Entwertung des Geldes ausgedrückt. Diese Entwertung entspricht nicht der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands. Infolgedessen besteht kein Anlaß, der Entwicklung des Dollarkurses in der Preisentwicklung in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe überhafter nach- oder gar voranzuwenden. Diese

Zurückhaltung verlangen wir von allen beteiligten Kreisen mit größtem Nachdruck. Anzustreben ist vielmehr, die Preisentwicklung trotz der ungünstigen Gestaltung der Währungskurse mit allen Mitteln auch unter Opfern in erträglichen Grenzen zu halten. Insofern den Preissteigerungen eine entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter folgen muß, sollen die Verhandlungen darüber von der Arbeiterschaft mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Möglichen, von den Arbeitnehmern in Anerkennung der Schwierigkeiten geführt werden, die sich aus der Gesamtlage Deutschlands auch für dessen Wirtschaft ergeben haben oder noch ergeben werden. Von beiden Seiten wird verlangt, daß mit Rücksicht auf die Gesamtlage alle Verhandlungen vom Geiste der Verantwortung und vom vorbehaltlosen Willen zur schnellen Verständigung getragen werden.

Berlin, den 24. Januar 1923.

- Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen. — Deutscher Handwerks- und Gewerbeverband. — Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. — Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. — Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. — Reichsverband der Bankleitungen. — Reichsverband der Deutschen Industrie. — Reichsverband der Privatversicherungen. — Reichsverband des Deutschen Handwerks. — Reichsverband des Deutschen Verkehrsgewerbes. — Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels. — Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. — Zentralverband des Deutschen Bank- u. Bankiergewerbes. — Zentralverband des Deutschen Großhandels. — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. — Deutscher Beamtenbund.

Die verfluchte Beitragserhöhung.

Ganz recht, hohe Beiträge zahlen zu müssen, ist eine recht unangenehme Sache. Aber — und nun kommt der Beweis, daß daran kein Mensch schuld ist, nicht einmal die Verbandsleitung — es soll doch gekämpft werden, und in vielen Fällen muß sogar gekämpft werden um eine etwas höhere Entlohnung, damit die Wucherer befriedigt werden können, die schon bereit sind und ihren unergründlichen Säckel aufhalten. Es soll gekämpft werden? Ja, es gibt sogar Leute, die fortwährend Kampf wollen, auch ohne daß dafür ein zwingender Grund vorliegt. Diese sonderbaren Heiligen wollen auch dann kämpfen, wenn die Forderungen der Arbeiter durch Verhandlungen erreicht werden können. Wenn es nach diesen Berufskämpfern aus politischen Gründen ginge, dann müßten wir Beiträge erheben, die mindestens zehnmal höher wären als sie heute sind. Vielleicht brauchten wir auch gar keine Beiträge mehr zu erheben, denn wenn alles im Kampfe stünde, dann wäre in einigen Tagen die Verbandskasse leer, und da niemand mehr ein Einkommen hätte, könnte auch niemand mehr Beiträge zahlen. Weil aber ohne Beitragsleistung keine Unterstützung mehr gezahlt werden könnte, wäre es auch mit dem Kampfe zu Ende.

Also darüber sind wir uns einig, daß Beiträge geleistet werden müssen, um dann, wenn durch Verhandlungen mit den Unternehmern nichts erreicht wird, zum letzten Mittel, dem Streik, greifen zu können. Ferner gilt es die Mitglieder zu unterstützen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. Nun müssen aber alle Unterstützungsfälle mindestens so hoch bemessen sein, daß die Unterstützungsbetrag zur Not auskommen können. Die Sätze müssen immer einigermaßen der fortschreitenden Teuerung folgen. Das ist aber nur dann möglich, wenn auch die Beiträge fortwährend mit der Preisentwicklung gehen. Früher, in Zeiten mit verhältnismäßig stabilen Preisen hatte der Verbandsbeitrag ungefähr stets die Höhe eines Stundenverdienstes. Dieser Maßstab für die Beitragshöhe hat sich schon damals als der richtige erwiesen. Soll heute die Organisation ihre Verpflichtung gegenüber den Mitgliedern erfüllen können, so muß auch heute ein Stundenverdienst als Beitrag entrichtet werden. Das fordert nicht der Verbandsvorstand aus Liebhaberei, sondern das fordert die Notwendigkeit, das erfordert das Interesse der Mitgliedschaft.

Ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag ist also im Verhältnis zum Einkommen heute dasselbe wie in der Vorkriegszeit. Ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag muß auch noch aus anderen Gründen als den hier bereits angeführten geleistet werden. Die Ausgaben des Verbandes haben sich in ganz unerhörter Weise vermehrt auf allen Gebieten. Der Wucher in Papier, Bindfaden, Packmaterial und allen sonstigen Bureaubedarfsartikeln feiert Orgien. (Die Redaktion behält sich vor, das Zahlenmaterial einer eingehenden

Würdigung zu unterziehen.) Die Ausgaben für Porto und Bahnfahrten sind gleichfalls ungeheuer gestiegen. Daß die Gehälter den fortgesetzten Preissteigerungen angepaßt werden müssen, ist so selbstverständlich wie die Erhöhung der Löhne. Eine besondere Ausgabe — für die keine besondere Einnahme zur Verfügung stand — ist dem Verbands erwachsen durch die Finanzierung eines Neubaus für Bureauzwecke. Seit Jahren war das Hauptbureau in unzulängliche Räume eingepfercht und es bestand keine Aussicht auf Platzgewinnung. Um Angestellte, die wohnungslos waren, unterzubringen, war der Hauptvorstand gezwungen, in mehreren Fällen Grundstücke käuflich zu erwerben. Das sind Ausgaben, die dem Verbands in normalen Zeiten erspart geblieben wären. Allerdings sind das einmalige Ausgaben, die sich nicht wiederholen, aber zunächst kommen sie doch mit in Betracht.

Wie für die Hauptkasse, so sind auch für die Lokalkassen die Ausgaben erheblich gestiegen. Einige Zahlstellen mit Angestellten klagen, daß sie mit den ihnen zustehenden Anteilen nicht auszukommen vermögen. Es handelt sich da in der Regel um solche Zahlstellen, in denen die Mitgliedschaft bei der Beitragserhöhung Schwierigkeiten macht. Mit anderen Worten: Die Mitgliedschaft ist nicht einseitig genug, um zu erkennen, daß ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag der normale Zustand ist. Sind die Beiträge laufend immer ungefähr den Stundenlöhnen angepaßt, bleiben also nicht allzuweit hinter der Lohnhöhe zurück, dann heben sich auch die Einnahmen für die Lokalkasse und diese ist imstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen. (Bei dieser Betrachtung kann man zugeben, daß die Verhältnisse in Zahlstellen mit überwiegend weiblichen Mitgliedern anders gelagert sind.)

Aus alledem ergibt sich, daß die Organisationsleitung sich in einer Zwangslage befindet, wenn sie von allen Mitgliedern die Zahlung eines Stundenverdienstes als Wochenbeitrag fordert. Außerdem handelt sie im Auftrage des 14. ordentlichen Verbandstages, der im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. beschlossen hat: „Der wöchentliche Beitrag wird einheitlich als Verbandsbeitrag erhoben und richtet sich in seiner Höhe nach dem Tariflohn. Grundsatz ist die Leistung eines Stundenlohnes. Bei Akkordlohn hat die Einreihung in die Beitragsklassen nach dem Stundenverdienst zu erfolgen.“ Diesen Beschluß hat der Verbandstag, die höchste Instanz unserer Organisation, in richtiger Würdigung der Sachlage gefaßt. Man wird dem Verbandsparlament, den von der Mitgliedschaft gewählten Vertretern, die gereifte Einsicht über die notwendigen Maßnahmen in erster Linie zuerkennen müssen. Die Beschlüsse des Verbandstages sind das Resultat reiflicher Beratungen und Berechnungen, während die Kritik an den hohen Beiträgen einem persönlichen Unmut entspringt, der angesichts der miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse zu erklären ist. Deshalb ist aber diese Kritik doch falsch und unangebracht. Ist doch die ganze Leistungsfähigkeit des Verbandes, seine Kampfkraft und seine Fähigkeit, den Mitgliedern auch in sonstigen mißlichen Lagen helfend beizuspringen, aufgebaut auf der Beitragsleistung. Die Erfolgsmöglichkeiten bei Lohnbewegungen sind in erster Linie abhängig von der Finanzkraft der Organisation. Ein Verband mit leeren Kassen kann keinem Unternehmer und noch weniger einer Unternehmerorganisation imponieren.

Die Kritiker der hohen Wochenbeiträge mögen beachten: Solange sie nicht imstande sind, einen Weg zu zeigen, der es der Organisation ermöglicht, mit keinem oder mit einem ganz niedrigen Beitrag das gleiche zu erreichen und möglich zu machen, wie heute mit den unangenehmen hohen Beiträgen, so lange ist ihre Kritik unfruchtbar, wertlos, ja sogar gefährlich. Bei unerfahrenen Mitgliedern wird durch diese unfruchtbare Kritik die Meinung hervorgerufen, die hohen Beiträge seien eine Schikane, während sie in Wirklichkeit eine absolute Notwendigkeit sind. Deshalb, lieber kritischer Kollege (oder auch Kollegin), lasse deinen Ärger über das Beitragszahlen nicht den Beitragskassierer fühlen, der ist daran so unschuldig wie ein neugeborenes Lamm. Auch die Funktionäre, die Kassierer und der Verbandsvorstand sind nicht das Karnickel. Die erfahrenen, einsichtigen Kollegen und Kolleginnen aus dem Reich, die von der Mitgliedschaft zum Frankfurter Parlament entsandt wurden, die sind schuld daran, daß unsere Organisation heute imstande ist, ihre Verpflichtungen der Mitgliedschaft gegenüber zu erfüllen. Eine Schuld, die Genugtuung verschafft. Wer die Beschlüsse des Verbandstages zur Durchführung bringt, erfüllt eine organisatorische Pflicht, wer aber versucht, sie zu umgehen, der verstößt gegen eine hohe proletarische Tugend, gegen die Solidarität.

Die Kritiker der hohen Beiträge können in der heutigen Zeit sehr leicht in die Lage kommen, ihren Standpunkt bereuen zu müssen. Falls sie irgendeine

Unterstützung des Verbandes in Anspruch nehmen, dann entspricht diese doch immer der Beitragshöhe. Sei es Streik, Demagogik, Erwerbslosen- oder eine sonstige Unterstützung. Immer entspricht das in Anspruch genommene statutarische Recht dem Maße der dem Verbande gegenüber erfüllten Pflicht.

Beiträge zahlen war schon immer eine unangenehme Pflicht, so glaubt mancher, und er mußte sich korrigieren, wenn er seine Rechte in Anspruch nehmen konnte. Beitragszahlen heißt auch nicht Opfer bringen, wie mancher glaubt. Die Verbandsbeiträge bezahle ich im eigenen Interesse. Was ich aber für mich selbst tue, kann kein Opfer sein.

Kampf heißt immer noch die Parole, Kampf, wenn friedlichere Waffen versagen. Wer aber kämpfen will oder eventuell kämpfen muß, der muß auch seine Waffen kampffähig erhalten. Das kann in unserem Falle nur geschehen, wenn wir der Organisation geben, was sie im Interesse der Gesamtmitgliedschaft braucht, einen Stundenverdienst als Wochenbeitrag.

Schützt euren Verband vor der Zerstörung!

In der letzten Nummer des „Proletarier“ wurde gewarnt vor Betrügnern in Wiesdorf und Ludwigshafen. Die kommunistische Neugründung nennt sich „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“, um unsere Mitglieder zu täuschen. So haben sich die Wiesdorfer Kommunisten Marken drucken lassen mit der Aufschrift „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“, und dann folgt in ganz kleiner unauffälliger Schrift die Bezeichnung „Opposition Wiesdorf“. Über diese beiden letzten Worte ist dann der Wert der Marke gestempelt, so daß die zuletztgenannte Bezeichnung noch mehr verschwindet. Es wird nun versucht, diese Marken auch an unsere Mitglieder zu verkaufen. In einigen Fällen ist ihnen ihr Lumpenschein auch geglikt, und erst nachträglich haben diese Kollegen entdeckt, daß sie betrogen worden sind. Eine richtige Hochtapete! Geld ist den Wiesdorfer Kommunisten die Hauptsache, Gewinnung Nebensache. Wegen den Verkauf der dem Verbande unterliegenden resp. gestohlenen Materialien ist Klage angehängt und es ist eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Opladen erwirkt, mit folgendem Wortlaut:

W e i s u n g

In Sachen der Trennungverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, G. m. b. H., vertreten durch die Geschäftsführer

Antwagskellnerin

vertreten durch Rechtsanwalt Ulrich in Opladen

gegen

den Fabrikarbeiter Ernst Kreuzberg in Würtz, Remenhof 13,

Antragsgegner,

wird im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

1. Es wird dem Antragsgegner bis zur rechtskräftigen Entscheidung des zwischen den Parteien anhängenden Prozesses untersagt, selber für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands einzustufen bei Meldung einer Strafe von 1000 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung.
2. Es wird angeordnet, daß der Antragsgegner die ihm vom Verband der Fabrikarbeiter übergebenen Wertmarken an den zuständigen Gerichtsvollzieher als Verwahrer anzugeben hat.

Opladen, den 12. Januar 1923.

Amtsgericht

gez. Richter, Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

(L. S.) gez. Wagner, Kanzleischreiber, Gerichtsschreiber des Amtsgerichts

Mit welchen Plänen sich die kommunistischen Verbandszerstörer fragen, verrät die kommunistische „Beigische Arbeiterstimme“ in ihrer Nummer von Sonnabend, den 20. Januar 1923. Es heißt da: „Kollegen und Kolleginnen, steht tren zur Opposition, denn diese Opposition ist kein Lokalverband, sondern soll die Grundlage bilden zu dem Einheitsverband der gesamten Chemie Deutschlands“

„Nur, wer die Schafschicht kennt, weiß, was ich leide“, bis ich Bronze oder Oberbronze bin, das ist der leitende Gedanke der Schafschicht und Konjunkten.

In Hamburg haben die Organisationszerstörer Flugblätter an die Arbeiterschaft der für den Fabrikarbeiterverband zuständigen Betriebe verteilt. Es wird in diesem Flugblatt gesagt, die Kommunistenanhänger müßten „so schnell wie möglich in jedem Betrieb eine kommunistische Betriebsfraktion gründen“. Und was sollen diese Betriebsfraktionen? Darüber heißt es in dem Flugblatt: „Diese Fraktionen müssen selbständige Stellung nehmen zu den Betriebsangelegenheiten, Lohnereignissen, Verbandsangelegenheiten — — —, um durch das Einbringen von Anträgen, Resolutionen usw. die Opposition zu stärken.“

Mit anderen Worten heißt das, Verwirrung unter die Arbeiterschaft bringen, sie entzweien, wilde Streiks einleiten, jede geordnete Verbandsfähigkeit unmöglich machen, nicht etwa, um die Lage der Arbeiter zu bessern, nein, um die Opposition zu stärken. Und dieses Geschwätz spielt sich als Arbeitervertreter auf.

Interessant ist der Schlußsatz des Flugblattes, der lautet: „Zeigt, daß ihr Kommunisten seid!“ Auf welche Art das gezeigt werden soll, das ist eine Sache für sich. Wer Holz hat ja auch gezeigt, daß er Kommunist ist, und heute ist er sogar — nachdem er längere Zeit abgelehnt wurde — kommunistischer Parteimitglied.

Wer heute nicht als ausgemachter Schafkopf in der Welt herumläuft, der muß einsehen, daß die ganze Tätigkeit der Kommunistenanhänger auf die Zerstörung der Arbeiterbewegung hinausläuft, mögen diese Leute noch so sehr ihr Einheitsfrontgeschwätz bis zum

Erbrechen hinausplärren. Wenn mir ein Kommunist zehn Eide schwört, er wolle die Einheitsfront, so sage ich ihm, daß er zehn Meileide geleistet hat. Wozu die Zerstörungsmaschine der kommunistischen Partei führt, das sehen wir jetzt wieder in der Hochschlowakel. Die „Verbands-Zeitung“ Nr. 1 vom 20. Januar 1923, das Organ der Arbeiterschaft der chemischen Industrie und der verwandten Berufe Österreichs, schreibt dazu:

„In den wenigen Verbänden in der Tschechoslowakei, die der kommunistischen Ideologie erliegen sind, gehört unser Bruderverband in Prag, der schon seit Jahren trotz seiner Angehörigkeit zum Amsterdamer internationalen Fabrikarbeiterverband kommunistisch orientiert war. Mitte des Vorjahres haben die führenden Genossen des Verbandes die Zeit für gekommen erachtet, um aus der Theorie in die Praxis überzugehen, und haben die aus anderen Verbänden ausgeschlossenen oder ausgeschleuderten kommunistischen Splitter aufgenommen und so den Anschluß aus der Gewerkschaftskommission direkt provoziert. Sie haben sich dann in einen internationalen Verband der Fabrikarbeiter amkonstituiert, die Thesen der Moskauer Internationale anerkannt und den Anschluß an diese vollzogen. Die Eroberung des Verbandes war gelungen. Welches sind nun die Folgen dieser glorreichen Eroberung für diesen Verband? Die Mitgliederzahl, die dieser Verband noch vor Aufnahme von versprengten Textil-, Metall- und Bauarbeitern gezählt hat, also von über 110 000 Mitgliedern, ist auf ungefähr 68 000 Mitglieder zurückgegangen, ein Verlust von über 40 000 Mitgliedern ist zu verzeichnen. Die größte Zahl der Ausgetretenen gehörte einer Branche an, aus der der Verband hervorgegangen ist, die chemischen Arbeiter werden im Verband majorisiert durch die Arbeiter anderer Branchen. Wohin sind die dem Verband untreuen gewordenen Mitglieder auseinandergeflohen? Zum größten Teil wanderten sie in das Lager der nationalsozialen Gewerkschaften, zum kleineren Teil in das Lager der Gelben. Diejenigen Mitglieder, die schon vor dem Kriege klassenbewußte Arbeiter gewesen sind, und solche, die sich das Klassenbewußtsein auch in der Nachkriegszeit zu eigen gemacht haben, sind, um ihren Prinzipien doch nicht untreu zu werden, dem internationalen Verband der chemischen Arbeiter in Aufruf beigetreten. Kommunisten, die durch die kommunistische Taktik des Prager Verbandes verleitet, aus ihrem Stammverband in Aufruf ausgetreten sind, sind wieder dahin zurückgekehrt und halten demnach die alte gewerkschaftliche Taktik für richtiger als die moderne Taktik des Prager Verbandes. Wen haben also die Kommunisten erobert? Sie haben einen Verband erobert, haben aber einen beträchtlichen Teil dieser Mitglieder, die zu erobren eigentlich ihre Absicht war, zum großen Teil der Arbeiterbewegung entfremdet und sie in das Lager der Bürgerlichen getrieben, wahrlich ein Erfolg, den sie, wir wollen es zu ihrer Ehre hoffen, nicht beabsichtigen.“

Ähnlich würde es mit unserem Verbands gehen, wenn die Mitgliedschaft nicht intelligent genug wäre, den Unfug der Kommunisten abzulehnen. Wir wiederholen deshalb den Mahnruf an unsere Mitglieder, an die Vernünftigen: Organisiert die Abwehr gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit! Schließt euch zu Fraktionen zusammen, um geschlossen gegen die zerstörungswütigen, unfähigen kommunistischen Postenjäger Front machen zu können! Es gilt, die von euch seit Jahrzehnten in mühevoller Kleinarbeit aufgebaute Organisation wehrfähig zu erhalten! Hinanz aus dem Verbands mit den politischen Zellenbauern!

Was uns not tut.

In keinem Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung finden wir die organisierte Arbeiterschaft vor derart ernste Probleme gestellt wie in der Jetztzeit. Noch nie war das Wohl des Volksgesamten in einem solchen Maße abhängig von deren Einigkeit wie gerade heute. Außen- und innenpolitische Fragen von weitestreichender Bedeutung bewegen die Menschheit, erwecken Leidenschaften und Stimmungen, fordern aber auch gebieterisch zum Nachdenken auf. Seit das deutsche Volk als Erbe vererbender Nachhaber eine zerrüttete Wirtschaft und die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages auf sich genommen hat, war es besonders die arbeitende Bevölkerung, welche die ganze Last der Verpflichtungen hat tragen müssen. Sie hat diese Last getragen in dem unerquicklichsten Glauben, durch die Opfer ein lebenswerteres Dasein zu erreichen. Enttäuschung folgte auf Enttäuschung. Während auf der einen Seite die Arbeiter sich abmühten, unter Mühen sich verschleierten Existenzbedingungen ihre Schuldigkeit im Produktionsprozeß zu tun und dadurch Staat und Wirtschaft vor dem Untergang bewahren, mühten sie mit ansehen, wie auf der anderen Seite maßlose Verschwendung Platz griff, das ein gewöhnliches Schieber-, Spekulant- und zum Teil auch Unternehmertum aus der Not des Volkes Geld machte. Es ist durchaus begreiflich, daß angesichts dieser Zustände eine dämpfte Verzweiflung Platz griff. Die unerquicklichste Not der Krieg- und Nachkriegszeit hat den Körper zermürbt und beschwört die Götter herauf, daß auch der Geist verkümmert. Man sucht Schwäche an allem sozialen Stand der Jetztzeit und ist dabei wenig wählerisch mit den Mitteln. Das am nächsten Liegende ist naturgemäß, den Gewerkschaften, in erster Linie jedoch deren Führern, einen Teil der Schuld an allem Übel aufzuhängen. Daß es dabei auch etwas mehr oder weniger Bewußtlosigkeit und Demagogie nicht anzukommen braucht, versteht sich von selbst. Bedauerlich ist, daß sich, obwohl das Ziel, welches an der Anwendung der verwerflichsten Mittel erreicht werden soll, offen zutage liegt, immer noch Gläubiger finden auch in unserer Kollegenchaft. Wenn es trotz dieser arbeitserheblichen Verhältnisse noch möglich war, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Nachmittel der Arbeiterschaft ein bescheidenes Existenzminimum zu verhaseln, so ist dies dem gesunkenen Aera der Welt und nicht zuletzt der persönlichen und intellektuellen Einstellung der Führer zu verdanken. Wenn ein Mensch trotz Verarmung und Abhängigkeit im Bewußtsein seiner Verantwortung und unter Zurückstellung persönlicher Bequemlichkeit seine berufliche Pflicht erfüllt, hat er der Arbeiterschaft den besten Dienst erwiesen. Jeder Kollege, der sich objektives Denken bewahrt hat, muß der gleichen Auffassung sein, wenngleich

der größte Teil unserer führenden Kollegen beschiden genug ist, im Bewußtsein seiner Pflichterfüllung besonderen Dank abzulehnen.

Es ist typisch für unsere Zeit, daß man einen Sündenbock haben will. Überall, wo Arbeiter zusammenkommen, ist es in Versammlungen oder Betrieben, werden Anklagen laut und Urteile gesprochen. In es der Angestellte der Fabrik nicht, so ist es die Arbeiterwelt, nicht das nicht, dann ist es der Hauptvorstand, der den Sündenbock herhalten muß für meist ungeschickliche Unternehmungen. Selbst Betriebsräte können schon berichten von der besonderen Verachtungsliebe vieler Kollegen. Daß durch solches Tun die Autorität und das Ansehen der Gesamtorganisation geschwächt werden, wird meist übersehen. Besonders für die Führer der Unternehmung ist solches Verhalten ein gefundenes Fressen, die ihrerseits durch ihre Intenakult die greifbare Nähe einer inneren Krise der Gewerkschaften in die Welt hinausspazieren lassen.

Die Bewertung der gewerkschaftlichen Arbeit und Erfolge durch die Kollegen, sei es bei Lohn- und Abwehrkämpfen, sei es bei kritischer Stellungnahme der Organisation gegenüber Forderungen, die darauf abzielen, durch verlängerte Arbeitszeit erhöhte Produktionsergebnisse zu erzielen oder durch geschickter geberische Maßnahmen die Rechte der Arbeiter einzumengen, ist naturgemäß verschiedenartig geistiger und seelischer Veranlagung unterworfen, kann demnach nicht einheitlich sein. Je nach Urteilsfähigkeit und Urteilskraft wird gerichtet, ganz gleich, welche Wirkungen dies auslöst.

Wer sich schon gestaut, seinem Mitmenschen gegenüber geistige Gewerkschaftsarbeit bei- oder abschuldig zu beurteilen, von dem darf man schon verlangen, daß er sich auch zu prüfen hat, ob seine Kenntnis, seine Objektivität und sein Gerechtigkeitsgefühl genügend stark sind, eine abschließende Stellungnahme zu fassen. Das Ansehen der Organisation verlangt, daß die im gewöhnlichen Leben, auch hier Bewußtlosigkeit und kein Gerechtigkeitsgefühl offenbar ist, daß ein großer Teil der Kollegen bis heute noch nicht bemüht gewesen ist, einen Einblick in das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation zu gewinnen und versucht hat, deren Verhältnis zur Umwelt zu ergründen, die Befehle zu erkennen, nach welchen sich die Beziehungen der Menschen untereinander regeln, alles Dinge, die der Beurteilung gewerkschaftlicher Tätigkeit zugrunde liegen müssen, dann ist dies in unserer wildbewegten Zeit befreiend, wenn auch nicht entscheidend. Ein ernstes Leben der Arbeiterpresse, insbesondere unseres „Proletarier“, bietet Aufschlüsse über viele Dinge, die manchem Kollegen bisher fremd geblieben sind.

Der Erkenntnis, daß der Einzelwille und die Einzelkraft nur durch Vereinigung zu einem Gesamtwillen und damit zu einem Machtfaktor sich gestalten können, verbannt die Gewerkschaftsbewegung ihre Entstehung. Die Gewerkschaften sind die Vereinigung von Mitgliedern, verbunden durch das gemeinsame Streben, die durch die kapitalistische Gesellschaft in schärfster Form zur Welt gebrachte soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen. Sie sind zu Gemeinschaftsgebilden geworden, die auch erfüllt sein müssen von einem Gemeinschaftswillen und Gemeinschaftsgeist. Eine alte Erfahrung lehrt, erachtet durch zahlreiche Beispiele der Geschichte, daß nicht die Zahl allein ausschlaggebend ist für den Erfolg, sondern in besonderer Maße der Geist, der die Gemeinschaft befeuert, der sie zusammenhält und sie festigt, und der sie vorwärts treibt, dem erstrebten Ziele zu. Es ist dies der Geist des Vertrauens, der Solidarität und der Opferfreudigkeit, kurzweg: das Ethos der Arbeiterbewegung. Durch dieses aluminierende Band ist die Arbeiterbewegung groß geworden und vermochte allen Stürmen der Vergangenheit Trost zu bieten. Fehlt der Geist der Gemeinschaft, dann sind nicht nur die Erfolge in Frage gestellt, sondern der ganze Organismus muß an innerer Zerrissenheit zugrunde gehen.

Da nun unser Strebenziel Gerechtigkeit ist, muß als selbstverständlich angenommen werden, daß wir selbst uns bemühen, Gerechtigkeit zu üben. Wir dürfen daher vor der ersten Frage nicht zurückschrecken, die wir uns selbst zu stellen und in stiller Stunde zu beantworten haben: Hast du selbst das notwendige Vertrauen zu deinem Mitstreiter und damit in deine eigene Person, das unumgängliche erforderliche Solidaritätsgefühl und den genügenden starken Opferwillen? Der Gewerkschaftler, dem die Zukunft gehören soll, der Träger einer höheren Menschheitskultur sein will, braucht diese Eigenschaften als unveräußerliches Gut. Die Gewerkschaften dürfen keine Verhöhnung von Masse sein, der schon Goethe ihr Urteil gesprochen: Die Menge schwankt in ungewissem Geist, dann stürzt sie nach, wohin der Strom sie reißt, sondern ein Verbundensein von starken Eigenpersönlichkeiten, denen die Erkenntnis der realen Tatsachen eigen ist und die demzufolge auch wissen, was sie wollen und sich ihrer Verantwortung der sozialen Gemeinschaft gegenüber bewußt sind.

Wenn auch unsere größten Denker zu dem Ergebnis gekommen sind und es zutreffen sollte, daß der Kapitalismus in sich selbst die materiellen Bedingungen seines Unterganges schafft, so darf dennoch hierbei nicht übersehen werden, daß auch das menschliche Geistige seinen Eigenwert besitzt, und die neue Gesellschaft, um Gutes zu verrichten, hierfür geeignete Menschen gebraucht. Von dem Selbstbewußtsein, oder nennen wir es Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, das sich auswirkt in vertrauensvoller, solidarischer und opferfreudiger Gemeinschaftsarbeit innerhalb der Gewerkschaften, wird es abhängen, ob es gelingen wird, soziales Neuland zu erreichen. Gar viele unserer Kollegen haben geglaubt, im stürmischen Drange eines ersten Ansturms dieses Neuland zu erlangen; sie haben die realen Tatsachen allen Weltgeschehens außer acht gelassen und sind auf der Strecke geblieben. Der Weg, den die Arbeiterschaft bisher zurücklegen mußte, war hart und steinig. Die geringen Freuden dieses Erdendaseins waren nur unter großen Opfern zu erreichen. Und noch ist kein Ende, noch steht die Zukunft gewittertschwanger vor uns. Sollen wir verzweifeln? Die Arbeiterschaft wäre zu dauernder Verelendung verdammt, wenn sie nicht den Mut aufbrächte, gestützt auf die Macht des gewerkschaftlichen Verbundenseins, erfüllt von gemeinsamem Willen und Geist, ihre Zukunftsaufgaben, aber auch sich selbst zu erkennen.

Weißes heißt Opfer bringen: in finanzieller und in geistiger Beziehung. Einer unablässigen Selbsterziehung an Geist und Charakter wird es bedürfen, um uns nachträglich für die geschenkte Revolution intellektuell reif zu machen. (W. Rathenau.) Diese Selbstüberwindung bedeutet für manchen Kollegen Aufgeben von Bequemlichkeit und des Gedankens: die anderen werden es schon machen. Sie muß erstrebt und wird bei einiger Willensstärke auch erreicht werden. Wer sich ein Menschennatur der kapitalistischen Fron untergeordnet hat, wird sich auch unterordnen können der autonomen Gesetzgebung der Arbeiterschaft. Es darf nicht so bleiben, daß seitens zahlreicher Kollegen die Erfolge der Gewerkschaften gewertet werden lediglich nach der Höhe der tarifierten Lohnsumme und nach der Niedrigkeit der Beiträge und die Tätigkeit der Führer nach deren phrasologischer Jargonfertigkeit. Wer noch Herr über gesunde Sinne ist, wird leicht herausfinden können, daß derjenige, der sich mit Ausbleitung seiner ganzen Jungen- und Welteskraft abmüht, die niedrigen Instanzen der Menschen zu wecken, um Mitstreitern gegen führende Kollegen zu säen und am dabei, was oft der Hauptzweck ist, die eigene Person in den Vordergrund zu schieben, mit diesem verwerflichen Tun die Grundlage der Organisation untergräbt, somit ein Schädling ist. Ist der Organismus gelandet und die Mehrzahl der Kollegen hat das Vertrauen zu ihm, dann wird er selbst die Kräfte in sich erzeugen, die stark genug sind, derartige Überbeulen auszuscheiden. Die Erfahrungen der Vergangenheit bis in die neueste Zeit hinein, die ungeheuren Opfer, welche die Arbeiterschaft dem gewerkschaftlichen Dilettantismus bisher bringen mußte (von Leuna bis Ludwigshafen), sollten ihr endlich die Augen geöffnet haben, damit sie das Gebot der Stunde erkennt.

Neue Gefahren drohen der deutschen Wirtschaft und damit dem wirtschaftlichen und Seelenleben der Arbeiter. Von dem Geiste, der die organisierte Arbeiterschaft erfüllt, wird es abhängen, ob es gelingen wird, allen Stürmen Trost zu bieten. Wenn Vertrauen, Solidarität und Opferwille die Flamme der Gemeinschaft bilden, auf die sich das Denken und Wirken der Arbeiterschaft konzentriert, dann wird auch das größte Leid überwunden und der sozialen Gerechtigkeit die Wege geebnet werden.

Frankfurt, den 20. Januar 1923.

Karl Kubnerl

OOO Aus der Industrie OOO

Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Lage der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1922.

Nur wenige deutsche Industriezweige haben im Jahre 1922 wegen ihrer Preispolitik eine berartig scharfe Kritik in der Öffentlichkeit erfahren wie die Papiererzeugungsindustrie. Besonders in der Presse wurde lange Zeit in heftiger Form die Vertretung der Arbeiterschaft in der Papiererzeugungsindustrie, der man von Arbeitgeberseite bis heute jeden Einfluß auf die Preisgestaltung der Produkte in der Papiererzeugungsindustrie verweigert hat, kann es unsere Aufgabe nicht sein, die Papierfabrikanten gegen den Vorwurf des Preiswuchers in Schutz zu nehmen. Trotzdem darf uns diese Tatsache nicht hindern, an Hand der uns zur Verfügung stehenden Preise in eine unparteiische Prüfung der Wirtschaftslage einzutreten, um so mehr, als auch die Verdienstmöglichkeiten der Arbeiterschaft in der Papiererzeugungsindustrie mit der Lage der Wirtschaft und der Produktionsmöglichkeit der Betriebe eng zusammenhängen.

Zweifellos lagen zu Beginn des Jahres 1922 die wirtschaftlichen Verhältnisse für die deutsche Papiererzeugungsindustrie nicht ungünstig. Diese Tatsache wird auch von Arbeitgeberseite unumwunden zugestanden. Gegenüber dem so oft und immer wieder erhobenen Vorwurf, daß der Arbeitswille der deutschen Arbeiterschaft und damit die Produktionsfähigkeit der Betriebe viel zu wünschen übrig lasse, wird von Arbeitgeberseite aus der deutschen Papiererzeugungsindustrie das Gegenteil berichtet. In seinem in der Nr. 1 des "Wochenblattes für Papierfabrikation" vom Jahre 1922, mit der Überschrift "Bilanz" versehenen Rückblick gibt der Vertrauensmann der deutschen Papiererzeugungsindustrie, Herr Rechtsanwalt Lammer, unumwunden zu, daß "der durchschnittliche Produktionsstand sich gesteigert, die Preisstellung im Verhältnis zur Gegenwart eine gewisse Stabilität aufwies und die Nachfrage sich erfreulich belebt hatte".

Erst nach der Ermordung Rathenaus, durch die das Vertrauen der deutschen Wirtschaft im Auslande tief erschüttert wurde, setzte auch für die deutsche Papierindustrie eine Preisentwicklung ein, deren Folge sich für die deutsche Papierverarbeitungsindustrie als außerordentlich verhängnisvoll erwies und lebhafteste Proteste der Papierverarbeiter hervorrief. Besonders stürkte den Einfluß übten die ständig steigenden Papierpreise auf das Druckgewerbe und auf das Zeitungsgewerbe insbesondere aus. Der dadurch entstandene Produktionsrückgang führte in der Papierverarbeitungsindustrie zu Betriebsstörungen und Arbeitslosigkeit und lastet infolgedessen wie ein Alpdruck auf der Lohnentwicklung der gesamten Papierverarbeitungsindustrie.

Bis kurz vor Beendigung des Jahres 1922 konnte die durch die Preiserhöhungen verminderte Aufnahmefähigkeit des deutschen Papiermarktes durch eine erhöhte Ausfuhr von Rohpapier ausgeglichen werden, so daß die Arbeiterschaft der Papiererzeugungsindustrie vor größeren Betriebsstörungen und Arbeitslosigkeit bewahrt blieb. Bereits im November hatten die inländischen Papierpreise den Weltmarktpreis erreicht zum Teil sogar überschritten, so daß auch in der Papiererzeugungsindustrie mit einer Stöckung der Ausfuhrmöglichkeit gerechnet werden mußte, deren Folge für die Unternehmer Betriebsbeschränkungen und für die Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit bedeutet haben würde. Durch die Besetzung des Ruhrgebietes und die dadurch hervorgerufene, bis dahin noch nie erlebte sprunghafte Steigerung des Dollarstandes sanken die deutschen Papierpreise wieder unter den Weltmarktpreis, so daß vorläufig die Vorbedingungen zu einer erhöhten Ausfuhrmöglichkeit wiederum vorhanden sind. Welche Folgen die Besetzung des Ruhrgebietes für die Papiererzeugungsindustrie noch haben wird, ist zur Zeit noch nicht vorauszusehen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann aber damit gerechnet werden, daß die durch die gewalttätige Besetzung hervorgerufene Störung unserer heimischen Kohlenproduktion im Ruhrgebiet eine Stöckung in der Kohlenzufuhr für die deutsche Wirtschaft bringen wird, die sich in Betriebsstörungen und Arbeitslosigkeit bemerkbar machen dürfte.

Wir haben bereits zu Beginn des Artikels auf die horrende Preissteigerung hingewiesen, die das Papier in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 erlebt hat. In den folgenden Ausführungen sollen diese Preissteigerungen zwar nicht begründet, wohl aber den Ursachen, soweit uns die Unterlagen dazu zur Verfügung stehen, erforscht werden. Als wichtigster Rohstoff für die Papiererzeugungsindustrie kommt das Papierholz in Frage. Im Verhältnis zu der allgemeinen Preisentwicklung seit Beendigung des Krieges und auch zu der Preisentwicklung in der Papiererzeugungsindustrie haben die Papierholzpreise eine Steigerung erfahren, deren Berechtigung von den Waldbesitzern und den Holzhändlern kaum wird nachgewiesen werden können.

Vor dem Kriege wurde das Raummeter Papierholz mit 10 bis 15 Mk. bezahlt. Bis zu Beendigung des Jahres 1922 wurden in Deutschland für Papierholz bei den Versteigerungen ab Wald bis zu 80 000 Mk. und darüber pro Raummeter geboten, so daß die Papierholzpreise gegenüber der Vorkriegszeit um das 4000- bis 7000fache gestiegen sind. Bekanntlich hat die deutsche Holzverarbeitende Industrie einen großen Teil ihres Holzbedarfes schon immer im Auslande decken müssen, da der deutsche Wald allein nicht in der Lage war, die für die deutschen Holzverarbeitenden Industrien benötigten Holzmassen zu liefern. Die Papiererzeugungs-

Industrie bezog vor dem Kriege gewaltige Mengen von Papierholz aus Rußland und auch heute werden ungefähr 80 bis 90 Prozent des Papierholzbedarfes aus der Tschechoslowakei und aus Polen eingeführt. Für dieses Papierholz werden fast durchweg Weltmarktpreise berechnet. Diese Weltmarktpreise beeinflussen selbstverständlich unter der kapitalistischen Wirtschaftsform, in der wir heute noch leben, auch die Inlandspreise. Trotzdem wird man die Entwicklung der Papierholzpreise in Deutschland damit kaum ernsthaft begründen können.

Aber die zahlenmäßige Entwicklung der Papierholzpreise gibt die nachstehende Aufstellung Aufschluß, in der die monatlichen Durchschnittspreise für Papierholz in den preussischen Staatsforsten für das Jahr 1922 enthalten sind, die aber von Privatwaldbesitzern überboten und durch den Holzhandel weiterhin verteuert werden, so daß die wirklich bezahlten Papierholzpreise sehr häufig noch wesentlich höher stehen.

Papierholzpreise in den preussischen Staatsforsten.

Monat	Papierholz das Raummeterichte									
	Scheitstämme			Knauffeststärke			Gemischt			
	höchst	mittel	niedr.	höchst	mittel	niedr.	höchst	mittel	niedr.	
1920										
Dezember	205	180	167	181	158	115	244	216	167	
1921										
Dezember	268	308	260	295	268	221	401	297	205	
1922										
Januar	351	339	327	—	—	—	411	384	378	
Februar	480	368	311	395	370	343	427	376	333	
März	755	508	302	725	532	310	810	459	349	
April	1046	652	386	971	640	753	980	617	605	
Mai	927	604	612	556	556	536	975	948	860	
Juni	1592	1280	1102	1042	969	894	928	908	892	
Juli	1668	1318	1007	1545	1018	710	1705	999	400	
August	4688	3039	1800	3900	3203	1700	4420	2408	1000	
September	8000	6061	4046	5070	4681	4125	6216	3118	1708	
Oktober	21224	11437	8410	15287	8227	3180	16008	9418	5470	
November	41227	22847	11800	35718	20354	26900	33108	21887	18000	
Dezember	86072	58062	32000	63853	39193	27331	50860	48717	46500	

Industrie der Steine und Erden

Schwarze Listen!

Wer da heute noch glaubt, daß strikt organisierte Unternehmen hätte mit dem Spöken der schwarzen Listen gebrochen und den Arbeitern gestattet, über ihre Ware Arbeiterschaft frei zu verfügen, der kennt Wesen und Art unserer Unternehmer schlecht. Wir sind in der Lage, einwandfrei nachzuweisen, daß der Verband westdeutscher Dachziegel- und Zieglerwerke, e. V., Rheyn, für das Brüggener Dachziegelgebiet das Schwarze-Listen-System anwendet, um die Arbeiter zu zwingen, Arbeitsbedingungen einzugehen, die einseitig vom Arbeitgeber festgelegt werden.

Die Firma Dampfziegelerei Simpt, G. m. b. H., beschäftigt seit längerer Zeit eine Kolonne Zerkleinerer (7 Mann) im Stundenlohn, mit entsprechendem Aufschlag. Vor einiger Zeit stellte die Firma das Ansehen an die Kolonne, diese Arbeit im Akkord zu machen. Die Arbeiter waren dazu bereit, aber die Firma hatte die Normalleistung so hoch gesetzt, daß die Kolonne darauf nicht eingehen konnte. Die Arbeiter machten nun von dem Recht der Kündigung Gebrauch, weil es ja jedem Arbeiter freisteht, sein Arbeitsverhältnis zu lösen, falls er mit den Maßnahmen des Arbeitgebers nicht einverstanden ist. Die Arbeiter glaubten nun bei einem anderen Arbeitgeber unterzukommen, mußten aber die Wahrnehmung machen, daß dieser bereits in Kenntnis gesetzt war und niemanden von der Kolonne einstellte.

Man will also die Dachziegelarbeiter zwingen, sich ihr Lebenlang von einem Arbeitgeber ausbeuten zu lassen. Offensichtlich bezweckt man wohl damit, gestrige Elemente in der Arbeiterschaft großzuzüchten. Damit ihr es also nicht, ihr Proleten, sitzt ihr euch nicht den Maßnahmen des Arbeitgebers, dann könnt ihr euer Bündel schnüren und wandern, denn die Konkurrenz stellt euch nicht ein.

Wir haben diese Maßnahme dem Herrn Syndikus Rechtsanwalt Strick (Rheyn) — der als Anwalt des Rechts der Arbeitern einen Strick dreht — schon längst angekündigt, deshalb schon, weil er bei jeder Gelegenheit die Arbeiterfreundlichkeit seiner Mitglieder hervorhebt. Wie diese in Wirklichkeit aussieht, beweisen die schwarzen Listen. Der Herr Syndikus und seine Arbeitgebermitglieder sollen sich aber nicht einbilden, daß sie mit solchen Machinationen die Arbeiterschaft zu willfährigen Elementen erziehen könnten. Durch derartige Maßnahmen wird die Arbeiterschaft erst recht zusammengeklüffelt. Sie wird ihre Gegenmaßnahmen gegen dieses Listen-System schon ergreifen.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich die Konsequenz, sich immer fester zusammenzuschließen, damit sie ihren Ausbeutern gehörig auf die Finger klopfen kann. Sie wird auf das gleichzeitige Gerede berät nicht hören, die für jede Unternehmerrückwärts die Schuld auf die Gewerkschaften schieben. Damit würde nur die Uneinigkeit der Arbeiter gefördert im Interesse der Unternehmer.

Mehr Arbeit, weniger Lohn.

Die Ziegelbesitzer des Bodenseegebietes möchten den Jehnsandentag einführen und glauben ihr Ziel am leichtesten zu erreichen, wenn sie möglichst niedrige Löhne zahlen. Sie handeln nach der Parole: Wenn ihr Ziegler zehn Stunden arbeitet, dann habt ihr auch einen höheren Verdienst. Das stimmt freilich, denn wenn die Ziegler täglich wieder 10 Stunden schaffen, dann verdienen sie noch mehr. Aber die Ziegler wollen ja Menschen sein, keine Lasttiere. Tatsache ist übrigens, daß heute in 8 Stunden relativ mehr produziert wird als früher bei längerer Arbeitszeit. Mit allem Nachdruck muß deshalb gefordert werden, daß die Löhne auf eine Höhe gebracht werden, die eine menschwürdige Existenz gestatten. Mögen die Kollegen freu zum Verbands stehen, dann wird dieses Ziel erreicht werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Einheitsfront der Zerkleinerer.

Von einem Parteigenossen, dessen Verwandter Mitglied der KPD ist, wird uns folgender Auszug aus einem Briefe zur Verfügung gestellt, der interessante Einblicke in die Verhältnisse in der KPD gewährt.

Wie Du weißt, bin ich entgegen der Auffassung vieler meiner Freunde der Meinung, daß auch die KPD Partei bestrebt ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wenn die SPD. auch andere Mittel anwendet. Besonders in der Gewerkschaftsfrage sehe ich mehr auf dem Boden der SPD. Ich bin der Meinung, daß wir starke Gewerkschaften brauchen. Und es hat mich sehr gewundert, aber auch bekräftigt, daß in der KPD. jetzt Leute am Werke sind, die mit darrten Worten

die Zerkleinerung der Gewerkschaften als ein Ziel unserer Partei hinstellen. Bis jetzt hatte ich immer noch den Glauben, daß meine Partei mit ehrlichen Mitteln die Reformierung der Gewerkschaften anstrebe. Mit dem Ziel war ich einverstanden, da ich die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum für einen Fehler halte.

Dieser, mein Glaube, ist stark erschüttert worden. Es hat nämlich kürzlich eine Sitzung stattgefunden, in der viele Funktionäre der KPD. anwesend waren. Auch ein Referent der KPD. war anwesend. Genosse Sabotka (ein Kommunist. Die Red.) aus Berlin redete über das Thema: "Wie treiben wir die Revolution weiter?" In diesem Vortrag sagte er, es sei ein Prinzip der KPD., die Zentralgewerkschaften zu zerkleinern. Die Gewerkschaften seien nicht mehr in der Lage, die Arbeiterinteressen zu vertreten, sie befänden sich vollständig in den Händen der SPD.-Führer, und das werde so lange so bleiben, als die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form bestehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den Gewerkschaften bleiben, um von innen heraus dieselben zu unterbilden. Wir müssen uns als Opposition in Betriebsfraktionen zusammenschließen, um das Ziel zu erreichen. In Berlin und in Mitteldeutschland sei man auf diesem Wege schon weitermarschiert als im Rheinland. Schuld sei daran im Rheinland die Uneinigkeit der Führer der KPD. und der KPD. Er sei deshalb gekommen, um die von der Zentrale vorgeschlagene Einigung auch im Rheinland fertig zu machen. Folgende Punkte sollen als Einigungsformel angenommen werden:

1. Bildung von Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Betrieben zwischen Opposition der KPD. und Union.
2. Die Union darf in ihre Organisation nur Indifferente aufnehmen, aber keine KPD.-Genossen aus der Opposition bzw. den Zentralgewerkschaften.

Der Redner der KPD. erklärte sich bereit, auf diese Formel einzugehen. Er sagte, auch wir von der KPD. haben uns die Zerkleinerung der Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht. Wir sind aber im Gegensatz zur KPD. der Ansicht, daß wir die Arbeiter aus den Gewerkschaften herausziehen müssen, um sie in besonderen Organisationen zu sammeln. Aber wegen der schwierigen Lage, in der wir uns jetzt befinden, sind wir bereit, dem Vorschlag der KPD. zuzustimmen.

es ist mir schwer gefallen, das mitzumachen. Ich sehe es als ein großes Unglück an, wenn die Gewerkschaften, als das letzte Bollwerk gegen den Kapitalismus, zerstört werden."

Daß die ganze Arbeit der KPD. auf die Zerkleinerung der Gewerkschaften eingestellt ist, wußten wir schon lange. Trotzdem ist es wertvoll, daß aus beruflichem Munde, wenn die Herrschaften unter sich sind, dieses Ziel nicht nur zugegeben wird, sondern darüber hinaus jedem Kommunisten zur Pflicht auferlegt wird, diese Zerkleinerungsarbeit zu beschleunigen. In einem ganz besonderen Lichte erscheint auch das fortgesetzte Geschrei der Kommunisten nach der Einheitsfront. Die Einheitsfront der Kommunisten der KPD. und der Union ist erreicht. Es ist dies die Einheitsfront der Zerkleinerer.

Die vorzügliche Hochachtung eines Kommunisten vor den Vertretern des Kapitals.

Die Gewerkschaftsgruppe Wiesdorf der Kommunistischen Partei hat an den Arbeitgeberverband folgenden interessanten Schreibbrief gerichtet:

"Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, 'Opposition Wiesdorf'."

Wiesdorf, den 16. Januar 1923.

An den Arbeitgeberverband der chemischen und Sprengstoff-Industrie, Sektion 4a Köln.

Die Zahlstelle Wiesdorf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, die sich durch innere Differenzen zur Beitragspötte gegenüber dem Hauptvorstande gezwungen sah, hat in ihrer außerordentlichen Generalversammlung vom 3. Januar 1923 beschlossen, den Unterzeichnerten mit der Führung der Geschäfte sowie mit der Vertretung der Zahlstelle bei Lohnverhandlungen usw. zu beauftragen. Da die Zahlstelle (Opposition) sich nach wie vor als Reichstafelkontrahenten betrachtet, wird höflich gebeten, in Zukunft alle Einladungen zu Lohnverhandlungen usw. an die untenstehende Adresse mitgelangen zu lassen, da Berechtigung zu der Annahme vorhanden ist, daß der Vorsitzende der Lohnkommission, Herr P. Hertwig, die Einladungen nicht an uns gelangen lassen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Karl Thol, Geschäftsführer, Wiesdorf, Siebelsplatz 10."

"Frech, wie die Damen von Paris", wie es in Kästners Epigrammen heißt, bezeichnet der aus dem Verbands ausgeschlossene Thol sich und seine kommunistische Parteigruppe als Zahlstelle Wiesdorf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Unser Verband hat mit der Tholschen Gründung nichts zu tun. Die am 3. Januar angeblich tagende Generalversammlung war nichts anderes als eine kommunistische Parteiversammlung. Nun will also die kommunistische Partei allen Ernstes die Lohnverhandlungen führen, will mit den Kapitalisten in engste Verbindung treten wie jeder Arbeitsgemeinschaftler. Ist denn das überhaupt noch revolutionär? Wenn die kommunistische Partei auch schon so verpumpt ist, um mit den Unternehmern zu tischelmischen, dann sind die Wänteräume aller Radabrüder zerföhrt. Es ist doch geradezu toll, wenn Thol den kapitalistischen Todfeinden seine vorzügliche Hochachtung entblet. Daß ein revolutionärer Kämpfer so tief sinken kann!

Thol versteht aber auch Späße zu machen. Die "Oppositionszahlstelle" betrachtet sich nach wie vor

als Reichstarkontrahentin". Damit Thol nicht wieder solche Schnitzer macht, sei ihm gesagt: Erstens hat bei Abschluss des Reichstarkontrahenten für die chemische Industrie die „Oppositionszahlstelle“ noch gar nicht existiert, folglich kann sie nicht nach wie vor um Zweitens schließt eine Zahlstelle keinen Reichstarkontrahenten ab, sondern die Zentralinstanzen, woraus sich ergibt, daß Thol und seine Parteigruppe nicht Kontrahenten sein können. Wenn Thol sich als Kontrahent betrachtet hat, so hat er sich irrtümlicherweise falsch betrachtet. Das kann jedem passieren, der Dinge machen will, die er nicht versteht. Wir geben Thol den freundschaftlichen Rat, in Zukunft mit seinen papiernen Äußerungen recht vorsichtig zu sein, denn Vorsicht ist die Mutter der Weisheit.

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung.

Zusammenhang über die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentages in Deutschland und dem Ausland, von Paul Herz und Richard Seidel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin 1923, 168 Seiten, Preis 1600 Mk.

Der Kampf um den Achtstundentag ist in sein entscheidendes Stadium getreten. Wie in anderen Ländern, so soll auch in Deutschland die Wirtschaftskrise der Anlaß zur Befestigung des Achtstundentages sein. Deshalb ist es zu begrüßen, daß eine Schrift erscheint, in der die Frage des Achtstundentages von allen Seiten beleuchtet wird.

Die vorliegende Schrift ist keine Agitationschrift. Ihr Wert besteht vielmehr in ihrer Sachlichkeit und ihren ansehnlichen Tatsachen über die Wirkungen des Achtstundentages auf die deutsche Wirtschaft. An Hand der Tarifverträge und der sonstigen Praxis wird nachgewiesen, daß der „chemische Achtstundentag“, den die Unternehmer zu bekämpfen vorgeben, überhaupt nicht besteht. Außerdem wird in einem fast 40 Seiten umfassenden Kapitel, gestützt auf viele Einzeltatsachen, bewiesen, daß in der Industrie gegenwärtig die Leistungen der Vorkriegszeit in vielen Fällen überschritten worden sind, daß dasselbe in vollem Maße zutrifft für die Reichseisenbahn und daß auch im Bergbau teilweise die Arbeitsleistung gegenwärtig trotz der Verkürzung der Arbeitszeit höher ist als früher. Das reiche Tatsachenmaterial, das von den Verfassern wissenschaftlich ausgewertet worden ist, gab ihnen die Möglichkeit, alte bürgerliche Dogmen und Legenden über den Achtstundentag zu zerstreuen und die Erörterung des Problems des Achtstundentages auf eine neue, solide wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Darüber hinaus enthält die Schrift wertvolle Ansätze zu einer wissenschaftlichen Untersuchung der Wandlungen der Struktur der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege überhaupt.

Daß die günstigen Ergebnisse des Achtstundentages sich nicht überall ausgewirkt haben, wird auf die ungenügende Ernährung, die schlechten Wohnungsverhältnisse, die Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Konjunktur und vor allem auf den gewaltigen Rückgang des Reallohnes zurückgeführt. Dieses Kapitel, das bei den bisherigen Erörterungen stark vernachlässigten Zusammenhang zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung zu seiner richtigen Bedeutung verhilft, gehört zu den besten Partien dieses wertvollen Buches.

Wesentliche gilt von den Darlegungen über den Achtstundentag und die Produktionsförderung. In diesem Kapitel, das der Auseinandersetzung mit all denjenigen dient, die die Produktionssteigerung abhängig wägen von der Befestigung des Achtstundentages, wird der Nachweis geführt, daß vielmehr die Erhaltung des Achtstundentages eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft und die Voraussetzung für ihre künftige Entwicklung ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Änderungen in der Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund des § 9 Abs. 4 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 (RGBl. S. 1337) in der Fassung der Verordnung vom 21. März 1922 (RGBl. S. 280) verordnete ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und mit Zustimmung des Reichsrats was folgt:

Die Höchstätze der Erwerbslosenenunterstützung betragen

I in der Zeit vom 15. bis zum 27. Januar 1923:

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	600	540	480	425
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	415	375	335	290
c) unter 21 Jahren	210	190	165	140
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	460	415	375	335
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	275	250	225	200
c) unter 21 Jahren	165	150	135	115
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	275	250	225	200
b) die Kinder und sonstige unterhaltspflichtigen Angehörige	210	190	165	140

II vom 29. Januar 1923 ab:

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	720	650	580	510
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	500	450	400	350
c) unter 21 Jahren	250	230	200	170
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	550	500	450	400
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	330	300	270	240
c) unter 21 Jahren	200	180	160	140
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	330	300	270	240
b) die Kinder und sonstige unterhaltspflichtigen Angehörige	250	230	200	170

Die Verordnung über Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 22. Dezember 1922 (Reichs-Gesetzbl. 1923 S. 1) tritt mit dem Beginn der vorstehenden Höchstätze außer Kraft.

Berlin, den 27. 1. 1923.
Der Reichsarbeitsminister.
A. B. Dr. Weich.

Berichte aus den Zahlstellen.

Speier. Generalversammlungsbereich. Die am Sonntag, dem 21. Januar, abgehaltene Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Speier, hatte einen guten Verlauf. Hätte doch die KPD-Fraktion in der Arbeiterzeitung, die die Tagesordnung dafür gemacht und von dem in der Arbeiterzeitung gezeichneten Artikel noch Abzüge verlesen lassen. Die kommunistischen Machinationen in der letzten Zeit haben zum Wank der übrigen Mitglieder aus, die sich in einer KPD-Fraktion zusammenschlossen; sie hatten dadurch einen guten Erfolg. Man war endlich der kommunistischen Unterwerfungspolitik satt. Zur Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Hub (Ludwig), der in einem ausgezeichneten Referat den Streik in Ludwigshafen schilderte. Daß er den Anwesenden wohl und ganz auf dem Herzen sprach, bewies der starke Beifall.

Die kommunistischen Zitatredner und Generalsekretärsreden machten einen sehr geringen Eindruck. Gaudescher Schreiber stellte fest, daß die kommunistischen Ortsverwaltungsmitglieder an dem gleichen Referat auf der Jahrestellenleiterkonferenz in Mannheim nichts auszuweisen hatten. Wenn die Arbeiterzeitung schreibt, daß die gewerkschaftlichen Sitzungen verabsiegt seien, so möchte er darauf aufmerksam machen, daß im verflochtenen Jahre der Verbandstag der Fabrikarbeiter in Frankfurt stattgefunden habe und daß Schöber, Wilhelm und Witsch als Delegierte an den damals festgelegten Sitzungen nichts auszuweisen hatten, sondern ihre Zustimmung gaben. Welche geistige Verwirrung bei den KPD-Strategen herrscht, beweisen die Ausführungen des Kollegen Joseph Müller, der trotz Nichtbeteiligung des Gaudescher Schreiber die Behauptung aufrecht erhält, daß die Verbandsvertreter mit den Unternehmern eine besondere Abmachung betreffend Akkordarbeit vereinbart hätten. Solche Menschen sind unbeherrschbar, und es ist nur bedauerlich, daß sich solche Leute als Arbeitervertreter aufspielen können. Wie mag es aber in den Köpfen dieser aussehen, die solche Personen als ihre Vertreter ernennen? Der Kollege König wies die kommunistischen Unterempfehlungen zurück und schilberte, in welches Unglück die Arbeiterklasse durch diesen Streik, den auch er am eigenen Leib verspüren mußte, gebracht wurde.

Den Geschäfts- und Kasienbericht erstattete der Geschäftsführer Kollege Schwarz, der gleichzeitig auf die Angriffe der KPD-Fraktion auf seine Person einging. Er habe seine Pflicht getan, soweit es in seinen Kräften stand. Den Revisionsbericht gab der Kollege Biendel, der stets alles in bester Ordnung fand, aber weil es einmal die KPD beschloß, daß Schwarz zu befeitigen, hatte er sehr viel an dem Verhalten des Kollegen Schwarz auszusetzen. Gaudescher Schreiber brandmarkte eine derartige Berichtserstattung und schilberte die feindselige Stellungnahme bei Anstellung von Personen in der Zahlstelle Speier. Er verwies auf die Einprüche, die von der Arbeiterzeitung gemacht wurden, ganz besonders in dem Fall Heindel, und daß die KPD recht gut über die Person Heindels informiert war, den man für die Beigebaltung der Platz ablehnte, ihn aber in der Zahlstelle Speier unterbringen wollte. Die Arbeiterzeitung habe erreicht, daß Heindel seinen Posten verlassen mußte, und an dessen Stelle sei Kollege Schwarz gewählt worden. Wegen die Wahl des Kollegen Schwarz hatte die Arbeiterzeitung keine Einwendung, wenn es auch eine kommunistische Wahl war. Die jetzige Stellungnahme der KPD gegen Schwarz sei nur dem Umstand zuzuschreiben, daß er die Verhandlungen und die Anordnungen des Haupt- wie des Gewerkschafts beabsichtigte und sich nicht als willenloses Werkzeug der KPD gebrauchte. Es sei sehr sonderbar, daß die KPD-Fraktion unter Mitwirkung der kommunistischen Ortsverwaltungsmitglieder der kommunistischen Ortsverwaltung, Zahlstelle Speier, ein Mißtrauensvotum ausstellte. Trotzdem man in einer Ortsverwaltungsprüfung zu den Anschuldigungen gegen Schwarz Stellung nahm und sich veränderte, der heutigen Generalversammlung diese Anschuldigungen zur Entscheidung vorzulegen, habe das Ortsverwaltungsmitglied Weyer in der KPD-Fraktion an einem Beschlusse mitgewirkt, die Angelegenheit Schwarz durch die kommunistische Presse zu behandeln, was die Verteilung der Abzüge des betreffenden Artikels beweise. Ein derartiges Vorgehen der KPD bezeichnet Kollege Schreiber als eine Schurkerlei. Ein Antrag des Kollegen Ober, den Fall Schwarz der neu gewählten Ortsverwaltung und einer Kommission zu überweisen, fand Zustimmung.

Die Wahl der Ortsverwaltungsmitglieder ergab: Wilhelm Schopp, 1. Bevollmächtigter, August Semar, 2. Bevollmächtigter, und als Revisoren die Kollegen Deusch, Wig, Schön und Gold. Als Kartelldelegierte wurden die gesamte Ortsverwaltung und die Kollegen Ober, Weych, Franz Kief, Johann Kief, Wunderschmidt, Kamb und Karl Schwarz gewählt. Die kommunistische Liste erhielt nur 24 Stimmen. Damit hat der kommunistische Spuk in der Zahlstelle Speier sein Ende erreicht. Für unsere Mitglieder muß es ein Ansporn sein, sich von nun an mehr als bisher an den Verhandlungen zu beteiligen und im Interesse der gesamten Arbeiterklasse eine praktische Gewerkschaftsarbeit zu sichern.

Wahlen. Die von der Zahlstelle Wahlen am Freitag, dem 26. Januar, abgehaltene Generalversammlung, an welcher auch Bezirksleiter Kollege Straßer (Waldshut) teilnahm, war leider nur mäßig besetzt. Insbesondere sind es die Jugendlichen, welche die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erfasst zu haben scheinen und nur zu oft durch ihr Verhalten beweisen, daß ihnen strikte gewerkschaftliche Disziplin ein verhasster Begriff ist. Noch wissen sie nicht aus Erfahrung, unter welcher schwierigen Arbeitsbedingungen in Vorkriegszeit und zum Teil noch heute eine nicht organisierte Arbeiterschaft unter der Diktatur des Unternehmertums ihr Dasein fristete. Unbegreiflich scheint ihnen ferner die Tatsache, daß zu jener Zeit der Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation für deren Mitglieder vielfach nur unter den denkbarsten Schwierigkeiten sich vollziehen konnte. Neben persönlichen materiellen Opfern forderte deren Pflichtbewußtsein im Kampfe um die Menschenrechte ebenfalls nicht zu unterschätzende geistige Opfer. Rögler, politisch Extreme oder solche, welche politisch genommen in einem Quodlibet verherbert sind, zeigen hierfür nur wenig Verständnis und pflegen in der Regel solch aufopfernde Arbeit als Egoismus und Postenjägeri zu bezeichnen. Wenn solch niedere Instinkte nicht an der gesunden Vernunft derjenigen Gewerkschaftskollegen zerbrechen, welche die Befreiung der Arbeiterklasse nicht in unsern Experimenten, sondern unter Berücksichtigung unserer gesamten wirtschaftlichen Struktur in intensiver planvoller Mitarbeit erblicken; dann wird die Zeit allerdings nicht mehr fern sein, wo wir innerhalb der Arbeiterklasse statt Geschlossenheit Zerfahrenheit, statt wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung die Diktatur des Kapitalismus in noch viel höherem Maße, gleich Peitschenhieben auf unsere Rücken niedersehen können. Pflicht dieser Kollegen bleibt es auch ferner, überall dort ihre Stimme zu erheben, wo versucht werden sollte, durch schädigende Einflüsse auf die Gewerkschaftsbewegung einzuwirken und so dem Stolz zum Schaden der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum schwächen. Pflicht unserer Kollegen ist es, häufig die Gewerkschaftsversammlungen besser als bisher zu besuchen, insbesondere derjenigen, welche regelmäßig durch Abwesenheit gängen. Wer dauernd den Versammlungen fernbleibt, stellt sich außerhalb der Arbeiterklasse, ist ein Freund der Arbeitgeber und Feind der Arbeiter. — Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurde an Stelle des bisherigen 2. Vorsitzenden und Kassierers Kollegen Herzog, Kollege Ernst Müller gewählt. Kollege Herzog, welcher aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnte, war Mitbegründer der Zahlstelle Wahlen. Seine Verdienste, welche er sich um den Aufbau unserer Zahlstelle erworben, werden allgemein gewürdigt. Rögler er sich bald wieder seines früheren Gesundheitszustandes erfreuen!

Rundschau.

Die geistige Kost der deutschen Unternehmer. „Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 4 vom 28. Januar 1923 brachte unter der Überschrift „Elands-falkistik“ folgende Notiz:

„Vor kurzem ist eine Zusammenstellung veröffentlicht worden, wonach heute ungefähr 10 Millionen Deutsche, d. h. schon mehr als ein Sechstel des ganzen Volkes, ganz oder teilweise auf öffentliche Unterstützung entweder von Seiten des Reichs oder der Länder und Gemeinden angewiesen sind. Diese erschreckende Zahl zeigt mit krasser Deutlichkeit die Not, in die ganze Schichten unseres Volkes durch den Vertrag von Versailles und durch die Revolution geraten sind. Die Erfüllungspolitik dieserseits und jenseits der Grenzen sollten sich angesichts dieser Verarmung endlich einmal überlegen, wie weit sie den Bogen noch spannen dürfen!“
Vor solcher Geistesleere muß alle Kritik schweigen, denn die beiden letzten Sätze der Notiz sind unter aller Kritik.

Literarisches.

Sven Hedin. Prichewalkskij. Eine seltene Freude ist es, der Dankbarkeit zu begegnen, und um so mehr wird sie empfunden, wenn ein großer Geist einem Vorgänger auf seinem Tätigkeitsgebiet den Joll der Dankbarkeit spendet. In seinem Jollen bei Bruchhaus erschienenem Werk „General Prichewalkskij in Innerasien“ bringt Sven Hedin in warmer Dankbarkeit seinem berühmten Vorgänger, dem russischen General und Forschungsreisenden Prichewalkskij, gegenüber zum lebendigen Ausdruck, indem er die wichtigste Rolle des erfolgreichen Forschers, die ihn in das am schwersten zugängliche Gebiet Innerasiens führte, nach Aufzeichnungen Prichewalkskijs in gedrängter lebendiger Darstellung zusammenfaßt. Gerade die Leser, die aus Hedins Reiseberichten seine Art zu forschen und zu reisen, kennen, werden ein besonderes Interesse dafür haben, wie sich Prichewalkskij, der im Gegensatz zu Hedin mit einer ziemlich starken militärischen Begleitung reiste, sich bei den fremdenfeindlichen Völkern Innerasiens und in den weiten menschenleeren Räumen der mächtigen Hochgebirge und endlosen Wüsten durchzusetzen mußte. Prichewalkskij hatte mancherlei Abenteuer zu bestehen mit den Elementen, mit wilden Tieren und nicht zuletzt mit verwegenen Räuberscharen. Auch die chinesischen Behörden setzten der kleinen Truppe aus Angst vor den Russen Hindernisse, oft lächerlicher Art, entgegen; vermuteten sie doch, daß in den Rissen der Expedition Kosaken verborgen seien! Wir sind Sven Hedin sehr dankbar, daß er uns dieses ausgezeichnete Buch beschreiben hat.

Verbandsnachrichten.

Gesucht

wird im Interesse seiner Eltern der ehemalige Handlungsgehilfe Wilhelm Prigge, geboren am 17. Oktober 1893 zu Varthe bei Verden (Wohnung der Eltern ist Verden [Kreis Achtm]). Wer dessen Aufenthalt kennt, wird gebeten, Nachricht direkt an Aug. Kuhlmann, Todtstraße 43, Post Postfach 1 (Kreis Garburg), gelangen zu lassen.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder Peter Kefferbich, Buch-Nr. S. II. 233 164, und Karpat Schöpping, Buch-Nr. S. II. 1066, von der Zahlstelle Hahr-Bruchhausen wegen Streikbruchs.

- Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingefandt:
- Gau 1. Deimold, Stadlbendorf, Osnabrück, Neustadt a. Rbg., Bodenem, Müden, Hübel, Ugen, Fallerleben, Bielefeld.
 - Gau 2. Schöningen, Al-Winnigstedt, Gröningen, Stendal, Rübeld, Leimbach, Salzwedel, Kische.
 - Gau 3. Schneidemühl, Karstfeld, Rauen.
 - Gau 4. Daber, Swinemünde, Bruch, Stavenhagen, Marlow, Steffin.
 - Gau 5. Tilsit, Danzig.
 - Gau 6. Oberhausen.
 - Gau 7. Jitta, Markranstädt.
 - Gau 8. Pögned, Blankenberg, Rofleben, Hellgenstadt, Weimar, Böllingen, Arnstadt, Jmenau.
 - Gau 9. Ansbach, Nürnberg.
 - Gau 10. Welden, Lening, Malgersdorf, Frefling.
 - Gau 11. Zell, Horb, Sulzbach, Singen, Pforzheim, Schweningen, Karlsruhe, Offenburg, Gengenbach.
 - Gau 12. Sobernheim.
 - Gau 13. Hainstadt, Offenbach, Gießen.
 - Gau 14. Neuwied, Krefeld, Köln.
 - Gau 15. Bremen, Webel, Dmschlag.
 - Gau 16. Neubekum.

Von Freitag, den 26. Januar, gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Gau 1. Deimold 117 928, Bodenem 75 311, Ladendorf 68 000, Peine 313 549, Hameln 25 018, Wörten 100 000, Osterode 313 552, Braunschweig 1 037 798, Hübel 1000, Müden 100 000, Neustadt 169 233, Bodenwerder 150 185, Bielefeld 70 000.
- Gau 2. Al Winnigstedt 30 078, Leimbach 38 260, Efferwerda 50 000, und 66 024, und 50 000, und 50 000, Gröningen 28 314, Eisleben 63 930, Stendal 118 222, Rübeld 72 403, Or. Zwölpfeld 13 349, Weferlingen 74 227, Ufcherleben 560.
- Gau 3. Lippehne 12 102, Kottbus 2 506 324, Landsberg 10 000, und 528 888, Oberberg 408, Mänschberg 77 900, Käfirin 69 291, Berlin 7 410 000, und 250 000, Schneidemühl 101 125.
- Gau 4. Bruehl 22 289, Stargard 331 391, Grimmen 40 156, Friedland 130 000, Daber 10 230, Wolgast 60 000, Goldberg 20 000, Stavenhagen 64 935, Poilnow 15, Wismar 200 000, Köslin 300 000, Marlow 3189, Lebbin 60 000, Steffin 3 547 022.
- Gau 5. Danzig 195, Königsberg 300 000.
- Gau 6. Liegnitz 100 000, Muskau 110 000, Grlitz 3 033 722.
- Gau 7. Aue 4 555 018, Strehla 120 000, Niesla 1380, Jitta 472 220, Sebnitz 265, Döbeln 65, und 16 615, Annaberg 1 166 575, Rabenberg 457, Chemnitz 685 578, Markranstädt 722 878, und 58 578, Lauscha 189 349, Leipzig 22 310, und 3 500 000.
- Gau 8. Oldisleben 64 000, Stadtilm 100 000, Rodach 50 000, Rastenberg 74 436, Pögned 72 140, Arieru 260 000, Weimar 192 122, Nordhausen 880.
- Gau 9. Ansbach 246 719.
- Gau 10. n 100 000, Deggendorf 330 000, und 69 033, Straubing 336 000, Reichersheim 700, Rosenheim 4838, Kempten 30 000, Trostberg 410 312, Schrobenhausen 200 000, Lajung 33 000, Malgersdorf 44 542.
- Gau 11. Gerabronn 30 000, Hall 20 425, Wangen 25 000, Ulm 43 415, Pforzheim 290 000, Vaihingen 28 248, Göttingen 607 335, Stuttgart 3680, Entningen 22 000, Heidenheim 572 040, Karlsruhe 75, Reinsfelden 3350, Horb 13 333, Schweningen 3812, Sulzbach 3880, Singen 230 347, Eshorndorf 63 235.
- Gau 12. Kaiserlautern 34 426, Bruchsal 34 826, Heidelberg 723 341, und 500 000, Mannheim 2 470 000, Ludwigshafen 36 972.
- Gau 13. Hanau 911 129, Limburg 936 162, Darmstadt 300 000, und 300 000, Ulzen 22 000.
- Gau 14. R. Gladbach 109 000, und 27 000, Köln 625, Neuwied 133 237, und 50 000, Bonn 1 490 000, und 76 032.
- Gau 15. Raheburg 25 031, Delmenhorst 350 000, Dömitz 131 988, Dmschlag 40 889, Bremen 7000, und 2 763 321, Wolzenburg 321 892, Stade 20 000 u. 80 000, Flensburg 60 000.
- Gau 16. Neubekum 100 000, Arnsberg 200 000.
- Schlutz: Millwoch, 31. Januar. C. H. 5 l e r, Kassierer.

Verichtigung. In Nr. 5 des „Proletariers“ sind unter Gau 11 Karststraße 1 043 579, quillert, es muß aber heißen: Gau 11 Waldshut 1 043 579.

Tüchtiger Tapetendrucker

mit Erfahrung im Farbmischen, zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung nach Süddeutschland

gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften unter W R 6428 an Dema, Annoncen-Expedition, Mannheim.